

Nichtraucherlobby möchte E-Zigaretten-Konsum verbieten

Immer unverschämter gebärdet sich die Nichtraucherlobby in ihrem Kampf gegen das Rauchen. Bereits jetzt wird die Durchsetzung des absoluten Rauchverbots in der Gastronomie gefeiert. Dafür bedankt sich etwa der „Bundesleiter“ der Österreichischen Schutzgemeinschaft für Nichtraucher bei Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) ganz ausdrücklich.

Das Rauchverbot in der Gastronomie soll aber nur der erste Schritt sein. Darüber hinaus sollen Tabakwarenautomaten flächendeckend verboten und das Rauchen sowohl im Auto als auch im Freien untersagt werden. Dem Tabakkonsum möchte man so in der Alpenrepublik den totalen Garaus machen.

Auch E-Zigaretten und E-Shishas sollen verboten werden.

Aber nicht nur der traditionelle Zigarettenkonsum soll total verhindert werden. Auch den neuen Genussmitteln E-Zigarette und E-Shisha möchte man mit der Verbotskeule zu Leibe rücken. So soll zukünftig durch ein strenges Tabakgesetz laut Rockenbauer auch der Konsum dieser Genussmittel in der Gastronomie untersagt werden. Und dies soll offenbar nicht nur für nikotinhaltige Produkte gelten. Mit dieser Maßnahme möchte man den Rauchern somit auch jegliche Alternative rauben. Bisherige Zigarettenraucher, die neuerdings mit der E-Zigarette geliebäugelt hatten, ist nun auch dieser Weg offenbar für die Zukunft abgeschnitten.

Wenn es um Inhalte geht

Der AfD - Landessprecher von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Matthias Manthei, hat sein Abstimmungsverhalten für einen Antrag der NPD im Kreistag von Vorpommern-Greifswald verteidigt. „Uns geht es ausschließlich um die Inhalte und nicht um die Parteien. Deshalb entscheiden wir uns frei und unabhängig für das, was wir für richtig halten“, sagte Manthei.

In dem Antrag hatte die NPD den Landkreis aufgefordert, auf die evangelische Kirchengemeinde Wolgast einzuwirken, kein Kirchenasyl mehr zu gewähren. Die Zustimmung der AfD zu dem Antrag war auf massive Kritik gestoßen. Hintergrund ist die sogenannte „Schweriner Erklärung“, in der sich CDU, SPD, Linkspartei und Grüne 2011 darauf verständigt hatten, keinerlei parlamentarische Initiativen der NPD im Landtag zu unterstützen.

Falls Sie die links-liberale „Presse“ vom 24.01.2015 nicht gelesen haben

Im folgenden Auszüge eines Original-Artikels – eigentlich ohne notwendigen Kommentar. Aber wenn eine Zeitung wie die PRESSE so schreibt (denn sonst lesen Sie fast nie ein Wort über oder gar gegen Israel), dann, ja dann lesen Sie zur Chuzpe des Bibi Netanjahu von Thomas Vieregge:

Von diplomatischen Gepflogenheiten hält Benjamin Netanjahu nicht viel. Zum Solidaritätsmarsch durch eine Pariser Seitenstraße lud sich Israels Premier neulich kurzerhand selbst ein. Im Small Talk hatte Nicolas Sarkozy gegenüber Barack Obama einmal gar geätzt: „Ich kann ihn nicht ausstehen. Er ist ein Lügner.“ Worauf der US-Präsident antwortete: „Du hast die Nase voll von ihm. Aber ich habe jeden Tag mit ihm zu tun“.

Wie wahr, Benjamin („Bibi“) und Barack sind einander in herzlicher Abneigung zugetan. Den zahllosen Brüskierungen setzte der ‚Bully‘ Netanjahu eine neue hinzu, als er sich an Obama vorbei eine Einladung für seine dann mittlerweile dritte Rede vor dem US-Kongreß besorgte...“

ZITAT

Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse, in Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten. Überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.

*Johann Wolfgang von Goethe, (1749 - 1832),
deutscher Dichter der Klassik, Naturwissenschaftler und
Staatsmann*

Obskure Gleichstellungsprojekte zum Schaden der Steuerzahler

„Die Sonntagsumfrage von Unique Research übertrifft unsere schlimmsten Befürchtungen. 58% der Wiener Bevölkerung halten die Integrationspolitik der Stadt für schlecht oder sehr schlecht“, so der Gemeinderat Mag. Wolfgang Jung als Integrationssprecher der FPÖ in Wien.

Dieses katastrophale Ergebnis ist sowohl eine Folge der verfehlten Zuwanderungs- und Asylpolitik als auch der untauglichen Versuche der zuständigen SPÖ-Stadträtin, Integration, über zahllose geförderte Vereine mit den seltsamsten Kursangeboten (Mama lernt Rad fahren, etc.) zu erreichen.

Für die Vermittlung von Deutschkenntnissen wird sogar der ASKÖ(!) zur Sprachausbildung gefördert. Überdies wird viel Geld in krause Studien gebuttert. So wird auf Wunsch der „community“ die von Sozial Global sowie den Wr. Sozialdiensten beauftragte und vom Fonds Soziales Wien bezahlte Ifes Studie über die Wünsche und Einschätzungen Wiener Homosexueller und Transgenderpersonen bezüglich ihres Lebensabends“ durchgeführt.

Der Verein LEFÖ darf auf Kosten der Steuerzahler den „HURENTAG“ unterstützen und erhält dafür heuer rund 130.000 Euro. Dabei ist Wien nicht die einzige Quelle, die angezapft wird. Ein 30 Jahre-Jubiläumsfest muß auch finanziert werden, schließlich ist Wahljahr. Trotzdem klagt die Vereinsführung über knappe Mittel, denn die Aktivitäten werden ausgeweitet. Die Info- und Beratungsstelle kann mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr im gesunden Ausmaß aufrechterhalten werden. Dafür wird eine interessante Begründung geboten: „Die Migrantenwelle aus den europäischen Südstaaten, Spanien, Portugal, Italien ist im Steigen begriffen.“ Der Verein soll zudem das EU-Projekt „Indoors“ umsetzen. „Empowerment and skil building tools for national and migrant female sex working in hidden places“ lautet das Ziel. Ein Projekt, das offenkundig auf Liesing und die Brunner Straße zugeschnitten ist. Welche skills and tools hier vermittelt werden sollen, bleibt offen. „Ich lasse mir meine Stadt nicht schlecht reden“, betont Bürgermeister Häupl immer wieder. Das Problem ist, dass niemand die Stadt schlecht redet, sondern die Stadtregierung schlechte Arbeit macht, was die Bürger -siehe Umfrageergebnis - immer deutlicher merken.

Seehofer beim Aschermittwoch: „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“

CSU-Chef Horst Seehofer hat in seiner Rede am politischen Aschermittwoch eine klare Ansage gegen den islamistischen Terror gemacht. Es sei die größte Kampfansage an die westliche Welt seit Jahrzehnten. „Das ist kein Kampf der Kulturen. Das ist ein Kampf der

Zivilisation gegen die Barbarei“, sagte Seehofer in Passau. „Dem müssen wir uns entschlossen entgegenstellen.“ Auch deswegen brauche es mehr Personal für Polizei und Verfassungsschutz. Ohne Freiheit gebe es keine Sicherheit, aber eben auch keine Freiheit ohne Sicherheit, sagte der bayerische Ministerpräsident.

Deutschland ist kein Sozialamt für die ganze Welt

Aus Sicht des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer ist für Flüchtlinge, die vor Armut und Elend fliehen, kein Platz in Deutschland. „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt“, sagte Seehofer beim Politischen Aschermittwoch der CSU in Passau. Er bekräftigte, daß abgelehnte Asylbewerber aus dem Balkan konsequent abgeschoben würden.

Der Kosovo und Albanien seien sichere Drittstaaten, dort gebe es keine politische Verfolgung. Seehofer kündigte an, daß für Asylbewerber aus dem Kosovo wieder Sachstatt Geldleistungen eingeführt würden. „Denn Geldleistungen sind ein Anreiz.“

Ob Seehofer bei seinem populistischen Erguß im Kopf hatte, daß er sich der einschlägigen Rhetorik einer anderen Partei bediente?

„Bulgaren“ aufgenommen, Wohnung angezündet – Mieter (75) verletzt!

Diese Gastfreundschaft wird einem 75-jährigen Dortmunder noch lange in Erinnerung bleiben: Der Mann, offenbar ein Freund der multikulturellen Gesellschaft, hatte ein bulgarisches Pärchen (23 und 26 Jahre) in seiner Wohnung an der Lortzingstraße in der Nordstadt aufgenommen. Als er die beiden nach einiger Zeit wieder loswerden wollte und der Wohnung verwies, eskalierte die Situation: Wie die Polizei in einer Pressemitteilung berichtet, brach wenig später ein Feuer in den Räumlichkeiten aus, bei dem nicht nur die gesamte Einrichtung vernichtet, sondern auch der Mieter verletzt wurde. Während er stationär im Krankenhaus betreut wird, klickten für die beiden Osteuropäer, mutmaßlich „Sinti und Roma“ (die Polizei spricht von „Bulgaren“) die Handschellen.

Die Polizei hat eine Sonderkommission eingerichtet, um das mutmaßliche Kapitalverbrechen aufzuklären. Ob sich die beiden Brandstifter jedoch in Untersuchungshaft befinden, ist unklar. Hierzu heißt es in einer Pressemitteilung der Behörde ausweichend, die beiden „wurden vorläufig festgenommen“. Der Dortmunder Senior, dessen Gastfreundschaft übel ausgenutzt wurde, wird in Zukunft zweimal darüber nachdenken, wen er bei sich wohnen läßt. Böswillige Zungen würden das alte Sprichwort „kleine Sünden bestraft der Liebe Gott sofort“ in den Raum werfen, aber abgesehen davon, daß die Sache mit dem „lieben Gott“ auf einem anderen Blatt Papier steht, dürfte sicherlich auch die zunehmende Vereinsamung im Alter zur Aufnahme der beiden Osteuropäer beigetragen haben. Und so tritt ein Symptom der verfallenden Gesellschaft zum anderen – mit fatalen Folgen.

Regierung schickt todkranke Kinder betteln

Hospizplätze für Kinder sind in Österreich Mangelware

„Es ist eine Schande, daß es für todkranke Kinder in Österreich nicht genügend Hospizplätze gibt, und die betroffenen Familien hoffen müssen einen spendenfinanzierten Platz für ihre Kinder zu ergattern“, zeigte sich die freiheitliche Gesundheitssprecherin NAbg. Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein anlässlich des „Kinderhospiztages“ empört über die Zustände im österreichischen Gesundheitswesen.

„Bei der ach so hoch gelobten Gesundheitsreform haben es SPÖ und ÖVP noch immer nicht zu Stande gebracht Rahmenbedingungen zu schaffen, die eines modernen Sozialstaates würdig wären“, kritisierte Belakowitsch-Jenewein. Bei unserem überfinanzierten aber untereffektiven Sozialversicherungsmoloch sei es ein Skandal, daß man nur über Spenden einen Hospizplatz für todkranke Kinder bekomme, so Belakowitsch-Jenewein. „Ich fordere Rot und Schwarz auf, ihre Besitzstände auf Bundes, Länder- und Gemeindeebene und in den Sozialversicherungsanstalten aufzugeben, und hier endlich im Interesse der Betroffenen Kinder und Eltern einen Schritt nach vorne zu machen“, so Belakowitsch-Jenewein.

Mit Enqueten, Sonntagsreden und Scheinreformen werde kein einziger Hospizplatz geschaffen, erinnerte Belakowitsch-Jenewein an die Enquete „Würde am Ende des Lebens“, deren Ergebnis die Feststellung war, daß überall die finanziellen Mittel fehlen würden und Rot und Schwarz nicht in der Lage seien zumindest für Kinder eine menschenwürdige Versorgung sicher zu stellen. „Hier fehlen einem die Worte - Man kann sich als Gesundheitspolitikerin nur für SPÖ und ÖVP schämen“, so Belakowitsch-Jenewein.

CDU-Politiker will Griechenland-Urlaube subventionieren

Offensichtlich verläßt manche Politiker angesichts des Griechenland-Desasters völlig der Hausverstand. Aktuell hat der CDU-Abgeordnete und „Haushaltsexperte“ Rüdiger Kruse vorgeschlagen, daß deutsche Griechenland-Urlauber einen Zuschuss von 500 Euro pro Kopf erhalten sollen. Diese Urlaubs-Subvention soll Deutsche dazu animieren, ihre Ferien im maroden Euro-Land zu verbringen. Bezahlen sollen dies wieder einmal die (anderen) deutschen Steuerzahler.

Schützenhilfe erhält Kruse von seinem Fraktionskollegen Axel Fischer, der diese Idee ebenfalls für unterstützenswert hält. Blauäugig, wie Kruse offensichtlich ist, ist er überzeugt, daß mit einer Quittungspflicht und der Bezahlung der Rechnungen mit der EC-Karte auch die Steuermoral der griechischen Touristiker gleich mitgehoben werden kann.

Kruse stimmte für weitere Griechenland-Hilfsgelder

Daß Kruse zu jenen CDU-Abgeordneten gehört, die neuerlich für die Ausschüttung von Griechenland-

Hilfsgeldern gestimmt haben, wundert nicht. Er deklarierte sich gegenüber dem Nachrichtensender N-TV als einer von jenen, die hoffen, daß Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Ein „Grexit“, wie ihn sogar der Eurogruppen-Chef in Betracht gezogen hat, kommt für Kruse nicht in Frage. Er gab sich auch überzeugt, daß Griechenland „schon einiges an Reformen geschafft“ habe.

Ein Leserbrief

aus der linken DIE GANZE WOCHE von einem Herrn Horst Boschmann aus Wien:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Finanzminister, wenn ich den Zeitungsberichten glauben darf, ist es wahrscheinlich, daß das Hypo-Alpe-Adria-Debakel jeden Steuerzahler etliche tausend Euro kosten wird. Wie ich lese, kommen diese gewaltigen Summen auf uns zu, weil die Banken zu einer von Ihnen angestrebten Beteiligung „Nein“ gesagt hätten. Ich darf Ihnen mitteilen, daß ich dem Beispiel der Banken folge, und ebenfalls „Nein“ sage. Bei mir geht es sich gerade ganz schlecht aus. Also, nichts für ungut, aber Bankenrettung diesmal bitte ohne mich, zumal ich ja zum Unterschied zu den „Nein“ sagenden Banken in meinem Leben auch noch nie irgend etwas mit der Hypo-Alpe-Adria-Bank zu tun gehabt habe, und meine Bankgeschäfte mir in Summe auch Geld gekostet, statt gebracht haben. In der Gewißheit, daß Sie einem einfachen Steuerzahler die gleiche Wahlfreiheit zugestehen wie den Banken, bitte ich Sie, mein „Nein“ zu akzeptieren.“

Italien: So wenig Nachwuchs wie noch nie

In Italien wurden 2014 so wenig Kinder geboren wie noch nie zuvor. Im ganzen vergangenen Jahr wurden nur 509.000 Kinder geboren, die Sterberate ist 17% höher. Durchschnittlich bekommt jede Italienerin nur 1,39 Kinder - für die Stabilisierung der Bevölkerung müssten es mehr als zwei sein.

Schwäche der Wirtschaft schuld

Für den massiven Rückgang wird die kontinuierliche Schwäche der italienischen Wirtschaft verantwortlich gemacht, die seit drei Jahren einen stetigen Rückgang erleidet, berichtet die englische Zeitschrift NewScientist. Andererseits könnte auch die Kultur, die Frauen zu einer Entscheidung zwischen Berufsleben und Familie zwingt, daran beteiligt sein.

Italien ist nun hinter Japan das durchschnittlich zweitälteste Land der Erde, das Durchschnittsalter ist 44,5 Jahre. Doch auch andere europäische Länder kämpfen mit den Geburtenraten: Griechenland liegt bei 1,41 Kindern, Deutschland bei 1,43.

Blankes Entsetzen bei der SPÖ - Werden die Grünen der SPÖ untreu?

Blankes Entsetzen dürfte sich nun bei der SPÖ breitmachen. Die Stimmenverluste, welche die Sozialisten von Wahl zu Wahl einführen, machen sich nun bemerkbar. So verloren sie beispielsweise in Wr. Neustadt (Gemeinderatswahlen NÖ 2015) den Bürgermeisterstuhl. Diesen hat nun seit gestern die ÖVP inne. Mit Hilfe der FPÖ und der Grünen, wurde der 64-jährige Klaus Schneeberger in den Sattel gehievt.

Zwar muß sich die ÖVP in ihrer Legislaturperiode ohne Mehrheit und ohne echte Koalitionspartner durchkämpfen, kann sich aber auf ein „buntes“ Arbeitsübereinkommen stützen. In diesem sind auch die Grünen integriert. Zwar gab es bei den Grünen parteiintern einige Kritik, aber auch bei diesen ist der Kragen näher als das Hemd.

Daß die Grünen mit der FPÖ in einem Arbeitsübereinkommen aufscheinen, dürfte den Sozialisten sauer aufstoßen. Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos bezeichnete heute die kritischen Stimmen bei den Grünen als fadenscheinige Ausreden der Bundes-Grünen.

„Natürlich ist es so, daß die Grünen Teil eines Bündnisses sind, in dem sie gemeinsam mit den Blauen den Kandidaten der zweitstärksten Partei, der ÖVP, zum Bürgermeister machen. Selbst Wallners Parteikollegen von den Wiener Grünen sprechen von einem 'Arbeitsübereinkommen' der Wr. Neustädter Grünen mit ÖVP und FPÖ und sehen die Glaubwürdigkeit der Grünen in Frage gestellt“, so Darabos.

Darabos meint wörtlich, daß die Grünen dafür bekannt sind, dass sie sehr rasch und empört mit dem Zeigefinger auf andere Parteien zeigen. Seiner Ansicht nach sind die Grünen Moralaposteln. Da hat er nicht so unrecht, denn daß bei den Grünen gerne Wasser gepredigt aber Wein getrunken wird, haben wir schon etliche Male in unseren Beiträgen aufgezeigt.

Allerdings hat die in Frage gestellte Glaubwürdigkeit der grünen Moralaposteln, die SPÖ in Wien nicht daran gehindert mit den Grünen zu koalieren. Denn nur so konnte sich der schwer angeschlagene Michael Häupl, nach den Wien-Wahlen 2010, im Bürgermeisterstuhl halten.

Offen ist für Darabos auf jeden Fall noch, ob der Fall Wr. Neustadt für die Grünen auch Vorbildwirkung für den Bund oder andere Bundesländer wie das Burgenland hat. Damit wird er wohl rechnen müssen, denn auch die Grünen werden sich nach dem Wind drehen, um ihre Vorteile zu sichern und zumindest ein wenig aus dem Futtertrog der Macht naschen zu können.

Apropos nach dem Wind drehen. Damit hat Darabos bezüglich der Wehrpflicht - vor noch gar nicht so langer Zeit - ein Musterbeispiel an den Tag gelegt.

5.000 Gemeindewohnungen jährlich statt billiger Versprechen

Die Forderung von SP-Wohnbaustadtrat Ludwig, sich auch auf Bundesebene für die Wiedereinführung der „Hausmeister“ in den Wiener Gemeindebauten stark zu machen, ist nichts mehr als ein weiterer Wahlkampfeschmah der Genossen, die damit lediglich versuchen, die FPÖ anzuputzen, so der freiheitliche Klubobmann im Wiener Rathaus, Mag. Johann Gudenus.

„14 Jahre hat die SPÖ Zeit gehabt, eine vernünftige Rechtsgrundlage und einem damit verbundenen korrekten Kollektivvertrag für Hausbesorger zu schaffen. Getan wurde wie üblich nichts“, kritisiert Gudenus die Untätigkeit im Rathaus. Zudem verschweige Ludwig den wahren Grund der, wie er es nennt, „Abschaffung“ der Hausbesorger durch Schwarz-Blau - nämlich Ordnung in den roten Proporz-Dschungel und teure Versorgungsposten roter Parteisoldaten unter Kontrolle zu bringen. „Keine Frage, Hausbesorger soll es weiterhin geben, aber eben auf einer gesunden rechtlichen Basis und nicht nach rotem Gutdünken“, sagt Gudenus.

„Anstatt sich den wahren Problemen des Wiener Wohnbaus zu widmen und endlich Gelder für 5.000 Gemeindewohnungen jährlich locker zu machen, um damit dem Mietpreiswucher einen Riegel vorzuschieben und in der Bundeshauptstadt leistbares Wohnen zu ermöglichen, versucht Ludwig die Wähler mit billigen Versprechen zu ködern“, sagt Gudenus, der sich davon überzeugt zeigt, dass innerhalb der Rathaus-SPÖ komplette Ideenlosigkeit herrscht.

„Ludwig versucht einmal mehr der FPÖ den schwarzen Peter zuzuschieben, in dem er Wahrheiten verdreht. Doch die Wähler werden sich von billigen Wahlkampf-Rhetorikern nicht wieder blenden lassen“, schließt der Freiheitliche.

Lesen Sie auch KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 252 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

Hersteller: Probst-Print, A 2483 Ebreichsdorf

e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien